

H i n w e i s e

Für die Tätigkeit des Abwicklers

Die Bestellung eines Abwicklers erfolgt

Zum Schutz des Mandanten und
Zur Wahrung der Anwaltschaft.

Tätigkeit

Der Abwickler wird in eigener Verantwortung , jedoch im Interesse, für die Rechnung und auf Kosten des Ausgeschiedenen tätig (§ 55 Abs. 3 BRAO). Bezüglich der Vergütung wird auf § 53 Abs. 10 BRAO verwiesen.

In entsprechender Anwendung der §§ 666, 667 und 670 BGB ist der Abwickler auskunfts-, rechnungs- und herausgabepflichtig, andererseits hat er einen Anspruch auf Ersatz seiner Aufwendungen nur gegen den Ausgeschiedenen bzw. die Erben. Eine eventuelle Bürgerhaftung der Rechtsanwaltskammer bezieht sich nur auf eine festgesetzte Vergütung, nicht auf Auslagen (§ 53 Abs. 9, 10 BRAG).

1. Bestandsaufnahme

Betreten der Kanzlei

Der Abwickler ist berechtigt, die Kanzleiräume zu betreten und die zur Kanzlei gehörenden Gegenstände einschließlich des der anwaltlichen Verwahrung unterliegenden Treuguts in Besitz zu nehmen, herauszuverlangen und hierüber zu verfügen (§ 55, Abs. 2 BRAO).

Der Abwickler ist an Weisungen des Ausgeschiedenen (Erben) nicht gebunden, dieser darf die Tätigkeit des Abwicklers nicht beeinträchtigen.

- a) Das Betreten der Kanzleiräume ist gegebenenfalls durch den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung (§§ 935, 945 ZPO) zu erzwingen.
- b) Soweit erforderlich, hat der Abwickler Sicherungsmaßnahmen (zum Beispiel Auswechslung der Schlösser) vorzunehmen.

1.1 Sichtung der Buchhaltung zur Feststellung der Bankverbindung und des Geldverkehrs.

Aufgrund der insoweit gleichlautenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen im Bankenverkehr erlangt der Abwickler neben dem Ausgeschiedenen die Stellung eines Verfügungsbevollmächtigten über das Konto.

Dem Abwickler ist unbedingt die Errichtung eines neuen Geschäftskontos zu empfehlen, um missbräuchliche Verfügungen des neben ihm noch bevollmächtigten Kontoinhabers vorzubeugen. Auf dieses Konto ist Guthaben zu übertragen.

1.2 Anderkonto

Aufgrund der insoweit gleichlautenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Banken geht die Verfügungsbefugnis über Anderkonten auf den Abwickler über.

Außer einem Hinweis an die Bank ist darum hier keine Sicherung erforderlich.

1.3 Pfändungen

Das LG Kiel (Beschl. V. 20.11.89 – 13 T 474/89) nimmt den Vorrang der zur Fortführung der Praxis notwendigen Mittel zur Deckung der Miet-, Sach-, und Personalkosten an, zu denen auch die Vergütungsansprüche des Abwicklers gehören (§ 850i ZPO).

1.4 Kassen/vorhandene Bargelder

Der Abwickler wird nicht Eigentümer des vorgefundenen Barvermögens. Er ist lediglich gemäß § 55 Abs. 3 Satz 1 BRAO, § 670 BGB zur Inbesitznahme des Barvermögens berechtigt, um dieses im Rahmen der Aufwendungen für die Praxis (Zahlung von Portokosten, Gerichtskosten oder ähnlichen) zu verwenden.

1.5 Buchhaltung

Der Abwickler ist ab dem tag der Amtsübernahme zur Errichtung einer eigenen, anwaltsüblichen Buchhaltung verpflichtet. Er ist zur Abführung der vereinnahmten Umsatzsteuer unter Gegenrechnung der Vorsteuer verpflichtet.

1.6 Auslieferung von Postsendungen

Der Abwickler ist nicht schon kraft seines Amtes berechtigt, Postsendungen entgegenzunehmen. Er muß dafür sorgen, dass er gemäß § 36 Postordnung eine Postvollmacht erhält oder, falls der Ausgeschiedene ihm diese nicht erteilt oder erteilen kann, nach § 45 Abs. 5 Postordnung eine gerichtliche Anordnung ergeht, dass Postsendungen ihm auszuhändigen sind. Zuständig für die gerichtliche Anordnung ist der Amtsgerichtshof (a. A. AGH Sachsen-Anhalt. Beschluß v. 18.03.1995 – 1 AGH 5/95).

Zu den Aufgaben des Abwicklers gehört es nicht, Zustellungen anzunehmen, die den ausgeschiedenen Rechtsanwalt als Beschuldigten oder Angeklagten betreffen. Das gleiche gilt, wenn die Postsendungen Ämter betreffen, die der Ausgeschiedene inne hatte oder noch bekleidet.

III. Inventar/Räume und Arbeitsverhältnisse

Der Abwickler wird nicht Schuldner der bestehenden Vertragsverhältnisse

1.1 **Miete/Räume**

Mieter und damit zur Zahlung des Mietzinses verpflichtet bleibt allein der Ausgeschiedene. Nur gegen diesen kann der Vermieter seine Ansprüche geltend machen.

- **Räume werden behalten**

Ist der Abwickler auf die Benutzung der Büroräume für seine Tätigkeit angewiesen und zahlt der Ausgeschiedene die Miete nicht oder kündigt er die Räume, kann der Abwickler nach Maßgabe des Auftragsrechts die Nutzungschädigung, die er aufwenden muß, um die Räume weiter nutzen zu können, als Aufwendungen geltend machen, allerdings ausschließlich gegenüber dem Ausgeschiedenen (§ 53 Abs. 9, 10 BRAO).

- **Räume werden aufgegeben**

Benötigt der Abwickler die Büroräume für seine Tätigkeit nicht, kann er die Abwicklungstätigkeit auch von seiner eigenen Kanzlei aus erledigen.

1.2 **Miete/Geräte**

Es gilt das gleiche wie für die Mietverhältnisse über Räume.

1.3 **Arbeitsverhältnisse**

- Für rückständiges Gehalt gelten die Vorschriften des Arbeitsförderungsgesetzes über das Konkursausfallgeld (§§ 141 a ff: KO).
- Noch bestehende Arbeitsverhältnisse sollten aus betrieblichen Gründen je nach Einzelfall ordentlich oder außerordentlich gekündigt werden.
- Soweit die Mitarbeiter zeitweise weiter beschäftigt werden sollen, müssen neue Arbeitsverhältnis abgeschlossen werden.

Befristete Arbeitsverhältnisse können wirksam nur eingegangen werden, wenn die Angestellten zuvor arbeitslos gewesen sind.

Zu beachten: Ein Erstattungsanspruch kann sich nur gegen den ausgeschiedenen bzw. die Erben richten (§ 53 Abs. 9, 10 BRAO).

Soweit Auszubildende vorhanden sind, empfiehlt es sich, diese weiterzuvermitteln oder zu übernehmen.

IV. Mandate

1.1 Sichtung der Mandatsverhältnisse

Es empfiehlt sich, dass der Kanzleiabwickler den Aktenbestand des ehemaligen Kanzlei-Inhabers ermittelt und unterteilt in:

- Akten, die älter als fünf Jahre sind,
- Akten, die noch keine fünf Jahre alt sind und
- Akten, die noch nicht abgeschlossen sind

1.2 Gemeinsame Regeln

- **Mitteilung an Gegner und beteiligte Gerichte**

Der Abwickler ist verpflichtet, seine Bestellung dem Gericht anzuzeigen, bei dem der ausgeschiedene Rechtsanwalt zugelassen war (§ 55 Abs. 2 Satz 5 BRAO). Darüber hinaus besteht für den Abwickler keine Anzeigepflicht.

Sowohl die Gegner als auch die beteiligten Gerichte sollen jedoch im Rahmen der Mandatsfortführung über die Abwicklertätigkeit informiert werden.

- **Auskünfte an Dritte**

Informationen sollten möglichst nur aufgrund schriftlicher Anfragen erfolgen, und nur nachdem die Auskunftspflicht oder –berechtigung geprüft worden ist.

Auskünfte im Rahmen der Bestellungsanzeige sind unbedenklich. Der Abwickler ist kein Hilfsorgan der Behörden.

1.3 Fortführung von Mandaten

Dem Abwickler obliegt es, die schwebenden Angelegenheiten abzuwickeln (§ 55 Abs. 2 Satz 1 BRAO).

Dem Abwickler stehen die anwaltlichen Befugnisse des Rechtsanwalts zu, dessen Kanzlei er abwickelt (§ 55 Abs. 2 Satz 3 BRAO).

Er gilt für die schwebenden Angelegenheiten als von der Partei bevollmächtigt, sofern diese nicht für die Wahrnehmung ihrer rechte in anderer Weise gesorgt hat (§ 55 Abs. 2 Satz 4 BRAO).

- **Unterzeichnung im Geschäftsverkehr**

Der Abwickler darf das Geschäftspapier der ausgeschiedenen Kanzlei grundsätzlich verwenden, muß aber das Ausscheiden des Rechtsanwalts in geeigneter Weise kenntlich machen.

Er sollte ausdrücklich klarstellen, dass er als Abwickler und nicht in eigener Sache tätig wird.

- **Anzeige der Bestellung zum Abwickler an die vorhandenen Mandanten**

In einem Informationsbrief sollte der Abwickler den Mandanten mitteilen, dass er amtlich bestellt worden ist. Er soll darauf hinweisen, dass es seine Aufgabe ist, vorhandene Mandate weiterzuführen, wobei bereits gezahlte Gebühren angerechnet werden.

1.4 Annahme neuer Mandate

Der Abwickler ist innerhalb der ersten 6 Monate berechtigt, neue Aufträge anzunehmen (§ 55 Abs. 2 Satz 2, zweiter Halbsatz BRAO).

Im übrigen kann die Abwicklung auf Antrag um höchstens jeweils ein Jahr verlängert werden, wenn der Zeitraum der Bestellung zur Abwicklung der laufenden Mandate nicht ausreicht. Dies sollte in Absprache mit der Rechtsanwaltskammer geschehen.

1.5 Abgeschlossene Mandate

Altakten können im Interesse der Anwaltschaft und des Datenschutzes aufgrund der gegenüber den Mandanten bestehenden zivil- und strafrechtlichen (§ 203 StGB) Pflicht zur Verschwiegenheit und Geheimhaltung nicht einfach vernichtet oder beliebig Dritten überlassen werden.

- **Aktenverwahrung**

Akten, die älter als fünf Jahre sind, können vernichtet werden.

Akten, die noch keine fünf Jahre alt sind, können entweder gemäß § 50 Abs. 2 Satz BRAO entsorgt oder nach Ablauf der 5-Jahresfrist vernichtet werden.

- **Verfahren**

Der Kanzleiabwickler soll darauf hinwirken, dass der Rechtsanwalt/die Erben ihm ein gesondertes Mandat für die ordnungsgemäße Aktenverwahrung bzw. –vernichtung erteilen.

Kommt es zu keiner Auftragserteilung, so überlässt der Kanzleiabwickler dem Rechtsanwalt bzw. seinen Erben die Altakten nur dann, wenn diese zuverlässig sowie persönlich, fachlich und finanziell zur ordnungsgemäßen Aktenentsorgung bereit und in der Lage sind.

Scheitern die vorgenannten Möglichkeiten, so trifft der Kanzleiabwickler unter gleichzeitiger Abtretung aller aus der Aktenverwaltung und –vernichtung resultierender Ansprüche gegen den Rechtsanwalt und seine Erben mit der Rechtsanwaltskammer analog § 53 Abs. 10 Satz 7 BRAO eine gesonderte Vergütungs- und Auslagenvereinbarung.

1.6. Gebühren

Der Abwickler wird für Rechnung des Ausgeschiedenen tätig (§ 55 Abs. 3 Satz 1 BRAO). Er ist berechtigt, jedoch außer im Rahmen eines Kostenfestsetzungsverfahrens nicht verpflichtet, Kostenforderungen des

früheren Rechtsanwalts im eigenen Namen für dessen oder für Rechnung der Erben geltend zu machen (§ 55 Abs. 3 Satz 2 BRAO).

Es empfiehlt sich, zur Sicherung der eigenen Vergütung Kostenanforderungen des Ausgeschiedenen geltend zu machen, einzuziehen und auf einem Anderkonto zu sammeln.

V. Haftung

Der Abwickler führt die Abwicklung eigenverantwortlich. Er haftet ab dem Zeitpunkt seiner Bestellung und zwar nicht nur für eigene Fehler, sondern auch für haftungsbegründende Sachverhalte, die sein Vorgänger eingeleitet hat, aber durch ihn ab dem Bestellszeitpunkt noch hätte korrigiert werden können. Deshalb sollte er unverzüglich seine Abwicklertätigkeit aufnehmen und die Bestellung seinem Versicherer mitteilen.

Die Abwicklertätigkeit ist von der Vermögensschadenhaftpflichtversicherung des Abwicklers nur gedeckt, soweit die Abwicklung „nicht überwiegend“ ausgeübt wird.